

Deutschlands Palästina-Problem

Hebh Jamal, mondoweiss.net, 25.05.23

In einer Zeit, in der der palästinensische Freiheitskampf an Fahrt gewinnt und sich international breiter verankert, hat Deutschland den antipalästinensischen Rassismus zu seinem neuen Status quo gemacht.

Im Mai 2022 hielt sich der israelische Polizeigeneral Doron Turgeman als Mitglied einer Delegation in Deutschland auf, um die deutsche Polizei über israelische Polizeimethoden zu informieren. Während er in Deutschland war, gab Trugeman den Befehl, den Trauerzug der palästinensischen Journalistin Shireen Abu Akleh anzugreifen und zu versuchen, die palästinensische Flagge zu beschlagnahmen, die über Abu Aklehs Sarg dra-piert war.

Im September 2017 hat die deutsche Bundesregierung die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus gebilligt, die Antizionismus mit Antisemitismus vermengt. Zwei Jahre später, im Jahr 2019, stimmte der Deutsche Bundestag über eine Anti-BDS-Resolution ab, die alle Aktionen, die BDS unterstützen, als antisemitisch einstuft und palästinensischen Organisationen und Einzelpersonen, die als Unterstützer von BDS gelten, den Zugang zu öffentlichen Geldern und öffentlichem Raum verwehrt. Palästinensische Journalisten haben ihren Arbeitsplatz verloren, Akademiker und Künstler werden zensiert, und Aktivisten sehen sich Verleumdungskampagnen ausgesetzt, in denen sie von Medien und Politikern gleichermaßen als antisemitisch dargestellt werden.

Nun aber hat die anhaltende extreme Härte Deutschlands gegenüber den Palästinensern ein neues Niveau erreicht. In diesem Monat, in dem Palästinenser auf der ganzen Welt den 75. Jahrestag der Nakba begehen, sendet Deutschland eine Botschaft: Sich gegen die Verbrechen des Staates Israel in seiner Geschichte auszusprechen, kann ein kriminelles Vergehen sein.

Verhaftung aller mit palästinensischem Aussehen

Im vergangenen Jahr, im Mai 2022, kam es zu massiven staatlichen Repressionen gegen Palästinenser und ihre Unterstützer, als die Berliner Polizei fünf angemeldete Veranstaltungen zum Gedenken an 74 Jahre Nakba vorsorglich verbot. Über 120 Menschen wurden festgenommen. Einige, die in Verbindung mit einem Flashmob für Palästina auftraten, wurden schnell getrennt, betroffen waren auch andere, die einfach nur vorbeigingen und die Kuffiah trugen. Die Polizei gab zu, dass sie rassistische Profile erstellte und jeden festnahm, der palästinensisch aussah. (1)

Auch in diesem Jahr verbot die Berliner Polizei alle Veranstaltungen zum 75. Jahrestag der Nakba. Die Polizei unterbrach eine palästinensische Kulturveranstaltung am 13. Mai im Berliner Stadtteil Neukölln. Sie untersagte politische Reden in der Öffentlichkeit, kontrollierte willkürlich die

Verbreitung von Büchern über Palästina und verbot den Teilnehmern den traditionellen Dabka-Tanz, den sie als „politische Meinungsäußerung“ ansahen.

Andere Proteste, die für den 13., 14. und 20. Mai geplant waren, wurden ebenfalls abgesagt. Seit April 2022 sind in Berlin mindestens 11 Demonstrationen zur Nakba verboten worden.

Die Berliner Polizei begründete die Verbote damit, dass „die öffentliche Sicherheit bei der Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist“ und „die unmittelbare Gefahr besteht, dass es bei den Versammlungen zu volksverhetzenden, antisemitischen Ausrufen, Gewaltverherrlichung undGewalttätigkeiten kommt.“ (2)

In einem 15-seitigen Dokument erklärt die Berliner Polizei, dass die palästinensische Diaspora zu emotional sei, um an einer Demonstration teilzunehmen:

„Auch wenn die mediale Aufbereitung des Themas ‚Al-Nakba-Tag‘ nicht mehr mit der der letzten Jahre zu vergleichen ist, so lässt sich doch feststellen, dass die Stimmung innerhalb der palästinensischen Diaspora, deren Mitglieder mehrheitlich zumindest indirekt betroffen sein werden, derzeit von einem erheblichen Grad an Emotionalisierung geprägt ist. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit Ostjerusalem und dem Gazastreifen sind Versammlungen, die sich kritisch mit dem Schicksal der Palästinenser in den israelisch besetzten Gebieten auseinandersetzen, geeignet, Menschen zu mobilisieren, die sich im Einzelfall zu Aktionen oder Äußerungen hinreißen lassen, die mit der deutschen Gesetzgebung nicht vereinbar sind.“

Sie begründeten die Verbote außerdem damit, dass Organisationen, die die Protestflugblätter verteilt hatten, „antisemitisch“ seien, weil sie die BDS-Bewegung unterstützen.

Die Polizei bezeichnete auch arabische Teilnehmer als besonders gewalttätig: „Die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer wird sich also aus jungen Menschen aus der arabischen Diaspora zusammensetzen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei dieser Klientel derzeit eine deutlich aggressive Haltung vorherrscht und sie gewalttätigem Verhalten nicht abgeneigt sind.“

Das *European Legal Support Center (ELSC)* veröffentlichte am Freitag eine Erklärung, in der es die fortgesetzte Kriminalisierung der palästinensischen Existenz kritisierte. „Die Begründung für die Verbote beruht auf einem systematischen Muster von antipalästinensischem Rassismus, der die Solidarität mit der palästinensischen Sache für Freiheit und Rückkehr sowie den Ausdruck der palästinensischen Identität kriminalisiert.“

Die *ELSC* argumentiert, dass diese Maßnahmen antidemokratischer Natur sind und als eine Form der kollektiven Bestrafung von allem, was sichtbar palästinensisch ist, erlassen werden, die sich auf jeden Ausdruck des kollektiven Gedenkens und des Eintretens für die Rechte erstreckt“, wie die jüngsten Verbote von Demonstrationen, die Anfang dieses Monats stattfanden, zeigen. Der *ELSC* zufolge werden Palästinenser, die der Nakba gedenken, und generell arabische Teilnehmer

„entmenschlicht“ und „in der kolonialen Tradition als hochemotionalisierte Männer dargestellt, die Gewalt verherrlichen würden“. Sie schlussfolgern: „Diese Verbote sind ein Angriff auf uns alle“. (3)

Interessanterweise erlaubte die Berliner Polizei jedoch eine Demonstration zum Nakba-Tag am Samstag, den 20. Mai, die von der antizionistischen jüdischen Gruppe „Jüdische Stimme“ organisiert wurde. Die Demonstration wurde jedoch von einem massiven Polizeiaufgebot mit Aggressivität und Gewalt begleitet.

Obwohl zahlreiche Organisatoren vor Ort waren, die bestrebt waren, die Ruhe zu bewahren, agierte die Polizei durchweg aggressiv, was eine Eskalation wahrscheinlicher machte. Es tauchten beunruhigende Bilder von Polizisten auf, die palästinensische, muslimische und jüdische Teilnehmer angriffen, sie auf den Boden warfen und auf den Rücken knieten – ein Sprechchor „Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein“ reichte der Berliner Polizei offenbar aus, um die Demonstration rasch aufzulösen.

Eine muslimische Frau, die auf einem Foto (Foto im englischen Originalartikel – Pakos) zu sehen ist und nur mit ihrem Vornamen Katharina genannt werden möchte, kommentierte in den sozialen Medien das beunruhigende Bild, das von ihr im Umlauf ist. „Ich bin ein Mensch“, schrieb sie, „was ich und andere erlebt haben, war Polizeigewalt gegen Palästinenser und die vielen Menschen, die sich mit ihnen solidarisch zeigen.“

Der jüdische Künstler und Aktivist Adam Broomberg gehörte ebenfalls zu den Demonstranten, die am Samstag von der Polizei festgenommen und mit dem Gesicht nach unten auf Beton gelegt wurden. Er sagt gegenüber *Mondoweiss*, dass die Aggression ungerechtfertigt war. „Die Polizei richtete Video-kameras auf uns und begann plötzlich, uns gewaltsam nach hinten zu stoßen“, so Broomberg. „Ich erklärte, dass ich das Recht habe zu protestieren. Erst als ich mich umdrehte, packte mich die voll bewaffnete Polizei am Hals und zwang mich zu Boden. Ich war über eine Stunde, vielleicht zwei, in Handschellen gefesselt, ohne jegliche Erklärung.“

Die Verhaftung Broombergs wurde fotografiert und in der Berliner Zeitung unter dem Titel ‚Antisemitismus in Kreuzberg‘ veröffentlicht: 100 palästinensische Anhänger stören eine jüdische Kundgebung“. Die *Jüdische Stimme*, die die Veranstaltung organisierte, gab eine Erklärung zu dieser paradoxen Darstellung ab: „Teilnehmern wurde unterstellt, sie hätten unsere Kundgebung gestört, während sie in Wahrheit ein Teil von ihr waren. Mit dem Hinweis auf fiktive antisemitische Übergriffe wird also ein Bild vermittelt, bei dem wohlmeinende jüdische Aktivist:innen von palästinensischen Judenhassern überrollt wurden.“

Dies bildet den rassistischen Antisemitismus-Diskurs in Deutschland perfekt ab. In der Online-Ausgabe gab es dazu ein Foto, auf dem der jüdische Aktivist Adam Broomberg von der Polizei abgeführt wurde, nachdem sie ihn gewaltsam festgenommen hatte. Wer hat also wen vor wem geschützt, und wer hat wirklich gestört?“....

„Es war also gerade knapp möglich, in Berlin der Nakba zu gedenken, die Polizei ist bei dieser einzigen Kundgebung aber letztlich eingeschritten, es kam auch zu offensichtlicher Polizeigewalt

und Festnahmen. Die Botschaft: In Berlin soll kein Nakba-Gedenken stattfinden“, heißt es in der Stellungnahme. (4)

Antipalästinensischer Rassismus als neuer Status quo

Die Verbindung zwischen der Aggression der israelischen und der Berliner Polizei ist zweifellos eng miteinander verknüpft. Im Mai 2022 hielt sich der israelische Polizeigeneral Doron Turgeman als Mitglied einer Delegation in Deutschland auf, um die deutsche Polizei über israelische Polizeimethoden zu informieren. Während er in Deutschland war, gab Turgeman den Befehl, den Trauerzug der palästinensischen Journalistin Shireen Abu Akleh anzugreifen und zu versuchen, die palästinensische Flagge zu beschlagnahmen, die über Abu Aklehs Sarg drapiert war. In derselben Woche verbot die Berliner Polizei in einem Versuch, es ihren israelischen Kollegen gleichzutun, die von der *Jüdischen Stimme* organisierte Mahnwache, die zu Ehren von Abu Akleh geplant war.

Die Berliner Polizei hat jedoch keine israelfreundlichen Veranstaltungen verboten und 2017 sogar Demonstrationen zugelassen, die sich auf neonazistische Propaganda beziehen.

Das *European Legal Support Center* warnt, dass die antipalästinensische Repression nur noch schlimmer werden wird, da die Angriffe auf die palästinensische Solidarität weitergehen und Deutschland seine bedingungslose Unterstützung für die israelische Besatzung beibehält. „Die Aktionen der Berliner Regierung rund um den Nakba-Tag spiegeln Deutschlands Mitschuld an der anhaltenden Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung wider und stellen einen weiteren Angriff auf die Grundrechte der Rede- und Versammlungsfreiheit dar. Dies muss als gefährlicher Präzedenzfall für weitere willkürliche Beschneidungen demokratischer Grundrechte verstanden werden.“

Deutschlands standhafte Pro-Israel-Haltung geht weiter als die anderer westlicher Regierungen. Als Angela Merkel 2008 erklärte, die Sicherheit Israels liege im nationalen Interesse Deutschlands oder in der „Staatsräson“, definierte sie die deutsche Erinnerungskultur neu. Anstatt den Antisemitismus und die Rhetorik zu bekämpfen, die die Geschichte des Dritten Reiches geprägt haben, hat Deutschland einer ausländischen Macht erlaubt, im Land zu agieren, und damit den antipalästinensischen Rassismus zum Status quo werden lassen.

Deutschlands derzeitige Motivation, Demonstrationen zum Nakba-Tag zu verbieten, passt zu ihrem Aktionsplan, palästinensische Stimmen zu unterdrücken, um den israelischen Apartheidstaat zu beschwichtigen, und viele glauben, dass es noch schlimmer werden wird.

Weitere Anmerkungen zu den Berliner Vorkommnissen

Neben den Beobachtungen, die Hebh Jamal in ihren Artikel aufgenommen hat, müssen wir leider noch auf ein völlig unprofessionelles Verhalten von einer Gruppe Journalisten auf der Demo der *Jüdischen Stimme* aufmerksam machen, die später auch noch behaupteten, sie wären in ihrer Pressefreiheit beeinträchtigt worden.

Die *Jüdische Stimme* schreibt dazu in ihrer Stellungnahme:

„Am nächsten Tag fing in den sozialen Medien gleich die Kampagne gegen die Kundgebung mit Bezug auf das Thema Pressefreiheit an. Auf der Kundgebung waren diverse Pressevertreter:innen anwesend, die sich als solche zu erkennen gaben und von den Demo-Organisator:innen freundlich und professionell behandelt wurden. Aktivist:innen von staatlich finanzierten politischen Organisationen, die der Demo feindlich gesinnt sind und pro-palästinensische Bewegungen regelmäßig überwachen, waren auch anwesend und haben Porträtaufnahmen von Teilnehmenden gemacht, manchmal auch versucht, sie mit Hilfe der Polizei einzuschüchtern. Auch auf höfliche Anfragen zu ihrer Arbeit wollten sie nicht antworten, obwohl es im Pressekodex Richtlinie 4.1 heißt: „Journalisten geben sich grundsätzlich zu erkennen.“ Es gab zahlreiche Versuche der Ordner:innen, auf ihr provokantes Auftreten deeskalierend zu agieren, manche Teilnehmende ließen sich aber auch provozieren. Es ist offensichtlich, dass das provokante Auftreten dieser politischen Aktivist:innen um Jörg Reichel, die mit Presseausweisen von ver.di akkreditiert sind, einer Strategie dient: Fälle von „Pressefeindlichkeit“ zu provozieren, um sie später als Grund für Einschränkungen und Verbote für die Polizei zu liefern. Diese Stellungnahme geht entsprechend auch an ver.di.“

Zum völlig unakzeptablem Verhalten dieser Journalistengruppe gibt es auch ein youtube-Video: <https://www.youtube.com/watch?v=PncADaG9BHM>

Sehenswert ist auch das Statement des Jüdischen Bundes Berlin „in Reaktion auf Polizeigewalt“ zu der Kundgebung auf dem Oranienplatzes auf youtube <https://www.youtube.com/watch?v=uJHoQC-AqQQ>

Quelle: <https://mondoweiss.net/2023/05/germanys-palestine-problem>

1 <https://www.middleeasteye.net/news/germany-police-admit-protest-ban-people-detained-looked-palestinian>

2 <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2022/pressemitteilung.1205876.php>

3 <https://elsc.support/news/elsc-statement-no-to-the-nakba-demo-bans-end-germanys-criminalisation-of-palestinian-existence>

4 <https://www.juedische-stimme.de/stellungnahme-zur-kundgebung-am-oranienplatz-am-20.05.2023>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de